

Friedrich fordert Vertragsbruch

09. Dezember 2013

Geschäftsführender Innenminister will EU-Bürger bei der Einreise nach Deutschland diskriminieren dürfen

Dazu erklärt die Cornelia Ernst, MdEP, DIE LINKE., innenpolitischer Sprecherin: "Wenn Herr Friedrich von Missbrauch redet, nur weil EU-Bürgerinnen und Bürger in einem anderem Land ihr Glück suchen, dann hat er sich von einem der positiven Grundprinzipien der EU verabschiedet. Niemand soll in Europa wegen seiner Staatsangehörigkeit diskriminiert werden.

Peinlich, dass man betonen muss, dass das dann jawohl für Rumänen und Bulgaren genauso gelten muss. Deutsche, die in andere EU-Länder gehen, werden dort auch nicht anders behandelt als andere EU-Bürger. Friedrichs Forderungen sind purer Chauvinismus, für ihn sind rumänische und bulgarische Staatsbürger wohl weniger gut als andere.

Viele der Menschen von dort, die derzeit nach Deutschland kommen, sind Roma. Hier entsteht der Eindruck, dass gezielt deren Freizügigkeit beschnitten werden soll, um sie von Deutschland fern zu halten.

Vor allem ist zweifelhaft, ob Einreisesperren die Probleme in Städten wie Duisburg überhaupt lösen können. Viel sinnvoller wäre es, den Kommunen so viel Geld zur Verfügung zu stellen, wie es ihnen in den vergangenen Jahren stetig gewachsenen Aufgaben entspricht."

Gesamtfraktion spricht Vertrauen aus

29. November 2013

Martina Ammann-Hilberath hat die von ihr gewünschte Vertrauensabstimmung als Vorsitzende der Linksfraktion auf Grundlage der generellen kommunalpolitischen Linie klar gewonnen.

17 Mitglieder der Gesamtfraktion der LINKEN (diese besteht aus den Mitgliedern der Ratsfraktion, den Bezirksvertretern sowie aus den bürgerschaftlichen Mitgliedern in den Fachausschüssen) votierten in geheimer Abstimmung für sie, 1 Stimme war ungültig, 3 Gesamtfraktionsmitglieder hatten den Saal verlassen. Frau Ammann-Hilberath zu dem für sie sehr positiven Ergebnis:

„Das Ergebnis freut mich sehr. In der intensiven Debatte um die Umsetzung der Beschlüsse der Jahreshauptversammlung gab es breite Zustimmung zur Fortsetzung unserer kommunalpolitischen Linie. Ich kann jetzt zuversichtlich weiter arbeiten, weil ich die klare Mehrheit der Gesamtfraktion hinter mir weiß. Gesamtfraktion und Kreisverband sollten jetzt alle ihre Kräfte auf konstruktive Gremienarbeit, einen guten Abschluss der Wahlperiode und die Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes konzentrieren.“

Wir sind gekommen, um zu bleiben

27. November 2013

Unter diesem Motto lädt die Ratsfraktion der Duisburger LINKEN am 02.12.2013 um 18 Uhr alle Interessierten in die Alte Feuerwache, Kultur- und Stadtteilzentrum in Duisburg-Hochfeld, Friedenstr. 5-7, ein.

Über die Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa berichtet die Abgeordnete im Europaparlament, Cornelia Ernst. Sie ist Mitglied der Fraktion GUE/NGL – Europäische Linke und Herausgeberin der Broschüre „Es ist Zeit zu handeln“ zur Situation der Roma in Europa.

Weiterer Referent ist Szabolcs Sepsi vom Projekt „Faire Mobilität“ aus Dortmund. Die Beratungsstelle informiert prekär Beschäftigte über ihre Arbeitnehmerrechte.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Martina Ammann-Hilberath, sagt dazu: „Wir halten es für sehr wichtig, zu hören, was auf europäischer Ebene läuft und unserer EP-Abgeordneten die Situation vor Ort darzustellen. Die allgemeinen Weichenstellungen der EU sowie die wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen im Europäischen Parlament haben in den Kommunen dramatische Auswirkungen. Die Umsetzung der EU-Beschlüsse überfordern die Städte bei der Integration von Neuzuwanderern. Notwendige Projekte in der Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungspolitik können nur dem Bedarf entsprechend umgesetzt werden, wenn die Kommunen die nötige finanzielle Ausstattung bekommen. Das gilt gerade für überschuldete Städte wie Duisburg.

Gleichzeitig werden wir der Abgeordneten aber auch die ersten erfolgreichen Projekte in unserer Stadt wie Vorbereitungsklassen, Gesundheitsberatung, Informationsarbeit sowie kulturelle Kinder- und Jugendprojekte zeigen und Gespräche mit Pädagogen, SozialarbeiterInnen und leitenden Verwaltungsmitarbeitern führen.“

Am 03.12.13 ist ein Rundgang durch den Stadtteil Hochfeld mit Mitgliedern der Ratsfraktion und der Europaabgeordneten geplant. „Wir wollen das Cornelia Ernst hautnah die Situation der zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien in diesem Stadtteil erlebt, „so Martina Ammann.

Ratsfraktion der Linken beteiligt sich am Dialogtisch

13. November 2013

Erstmals hat die Ratsfraktion der Duisburger Linken zum Dialogtisch in ihrer Geschäftsstelle eingeladen.

Die Vorsitzende Martina Ammann-Hilberath sagt dazu: „ Wir unterstützen die Idee des persönlichen Kennenlernens und des Austauschs von Erfahrungen, die Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionszugehörigkeit und Weltanschauung gemacht haben.

Angesichts der Zunahme von Demonstrationen neofaschistischer Gruppierungen in den letzten Monaten gegen Asylsuchende und Zuwanderer aus Südosteuropa halten wir Dialogtische für einen Schritt, Fremdenfeindlichkeit abzubauen

Die Tradition, die vor über 10 Jahren in den Niederlanden entstanden ist, könnte auch in Duisburg zu einer guten Gelegenheit der regelmäßigen Begegnung werden. Wir werden uns mit Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien zu einem gemeinsamen Mittagsimbiss zusammensetzen und freuen uns auf interessante persönliche Gespräche.

Sehr positiv ist, dass in diesem Jahr über 40 Vereine, Verbände, Schulen und Kirchengemeinden Dialogtische in Duisburg durchführen werden.“

Brandursache schnell aufklären und Konsequenzen ziehen - Nachbarschaftshilfe vorbildlich

13. November 2013

Mit Bestürzung nimmt die Ratsfraktion der Duisburger LINKEN die Meldung über den Brand in einem Wohnhaus in Hochheide zur Kenntnis, der um Haaresbreite in einer Katastrophe für die zugewanderten Bewohner hätte enden können.

Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath:

„Wir erwarten jetzt eine schnelle Aufklärung der Brandursache und entsprechende Konsequenzen. Sehr positiv sehen wir die große Hilfsbereitschaft von Nachbarn und Vereinen, die den Betroffenen mit Getränken, Decken und Kleidung geholfen haben. Wir wünschen uns eine solche Form von Nachbarschaft auch im Alltag.“

Ratsfrau Barbara Laakmann aus Rheinhausen fügt hinzu: „Wir sehen in den Runden Tischen, dem städtischen Handlungsprogramm, den Kinderkulturangeboten und dem Engagement der Kirchengemeinden wichtige Schritte, um irrationalen Ängsten in Teilen der Bevölkerung und rassistischer Sündenbockmentalität zu begegnen.“

SPD, Linke und Grüne freuen sich: Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie startet endlich

10. Oktober 2013

SPD, Linke und Grüne im Stadtrat freuen sich, dass das Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie endlich an den Start geht. Im Stadtarchiv wird im Frühjahr mit der sogenannten „Denkstätte für Erinnerungskultur“ mit einem pädagogischen Angebot in einer mediengestützten interaktiven Ausstellung gestartet. In einem zweiten Schritt soll bis Ende 2015 im Kultur- und Stadthistorischen Museum eine Fläche von 400 qm ausgebaut werden. Hier steht die Präsentation zur Duisburger Geschichte im Nationalsozialismus im Mittelpunkt. Das Zentrum wird einen eigenen Eingang über den Karmelplatz erhalten.

Das Konzept stellt aus Sicht der Ratskooperation eine gute Lösung dar. Der Schwerpunkt liegt auf der Unantastbarkeit der Menschenwürde. Damit wird ein pädagogischer Grundgedanke verfolgt. Gerade diese Menschenwürde wurde tagtäglich zwischen 1933 und 1945 auf furchtbarste Weise von den Nationalsozialisten in Deutschland verletzt. Im Zentrum werden konkrete Lebensgeschichten von Menschen, die in Duisburg lebten und die in der Zeit des Nationalsozialismus Opfer von Unrecht und Gewalt wurden, erzählt. Gezeigt werden nicht nur die Gesichter der Opfer und der Helfenden, sondern sie offenbaren ebenso die tragenden Säulen der NS-Diktatur – die Täter, Mitläufer und Zuträger.

Besucher werden aufgefordert und ermutigt, die einzelnen Biografien aktiv zu erforschen und nachzuvollziehen. Besonders freuen sich SPD, Linke und Grüne über den inhaltlichen Schwerpunkt bei Programmen, die vor allem für Kinder und Jugendliche konzipiert sind. Vor der Denkstätte für Erinnerungskultur starten Exkursionen in die eigene Stadt zu Mahnmalen und Gedenkstätten. Bei der Projektarbeit in Kooperation mit den Schulen erhalten die Schüler professionelle Hilfestellungen sowohl bei der historischen Recherche als auch bei der Präsentation ihrer Arbeitsergebnisse. Alle Initiativen, die schon bislang zu diesem Thema gearbeitet haben, sind herzlich eingeladen, sich an der Entwicklung dieses Projekts zu beteiligen.

Der Erfolg für die Einrichtung des Zentrums wurde nur möglich, weil SPD, Linke und Grüne bei den letzten Haushaltsberatungen zu Beginn dieses Jahres die Verantwortung übernommen und die notwendigen Mittel für den Haushalt bereitgestellt haben.

Die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von SPD, Linken und Grünen, Udo Vohl, Barbara Laakmann und Beatrix Brinskelle sind sich einig: „Das ist ein ausgezeichnetes Konzept. Das Zentrum soll eine Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart bilden, Geschichte erlebbar und anfassbar gestalten und junge Menschen für unsere Demokratie aktiv gewinnen. Großer Dank an die Menschen, die das erarbeitet haben. Wir danken auch Oberbürgermeister Sören Link, der dieses Projekt massiv unterstützt hat.“

Neuer Recyclinghof im Duisburger Norden in Betrieb

19. September 2013

Unter großer Anteilnahme von Kommunalpolitik und Verwaltung hat am 18.09.2013 hat der neue Recyclinghof Duisburg-Nord (Im Holtkamp 84) den Betrieb aufgenommen. Für die Linksfraktion nahm unser Hamborner Ratsherr Hermann Dierkes teil. Der Hof steht zunächst nur den bürgerschaftlichen Nutzern offen. Für Gewerbetreibende beginnt der Start erst am 7.10.

Hermann Dierkes: „Wir haben den Neubau nachdrücklich unterstützt. Es ist die bisher mit Abstand größte Einrichtung der städtischen Wirtschaftsbetriebe. Sie löst den in die Jahre gekommenen, verkehrlich und organisatorisch sehr problematischen Recyclinghof an der Boschstraße in Neumühl ab. Die Anlage soll jährlich 10 % der Gesamtabfallmenge im Stadtgebiet aufnehmen. Das allermeiste kann kostenlos abgegeben werden.

Der neue Recyclinghof ist großzügig und übersichtlich angelegt. Die verschiedenen Abfallcontainer (für Grünschnitt, Papier, Metall, Elektronikschrott usw.) sind über eine gemeinsame Rampe erreichbar. Zum Wechseln der Container muss nicht mehr – wie an der Boschstraße – der Hof geschlossen werden, was immer zu langen Wartezeiten, Staus und ärgerlichen Verkehrsproblemen führte. Ich hoffe, dass die neue Anlage auch dabei hilft, dass noch weniger Zeitgenossen ihren Müll illegal entsorgen. Die Betriebsorganisation ist, davon bin ich überzeugt, nicht nur für die Nutzer, sondern auch für die Beschäftigten „erste Sahne“. Das neue Sozialgebäude ist allerdings noch im Bau.“

WBD-Chef Thomas Patermann gab bei der Eröffnung bekannt, dass auf dem Gelände auch ein Pädagogischer Garten vorgesehen ist, der vor allem Schulen ansprechen soll, um jungen Menschen umweltgerechtes Verhalten nahezubringen, z.B. die Nutzbarkeit von Biomasse usw.

Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen gewährleisten

16. September 2013

„Wir stehen grundsätzlich an der Seite der Menschen, die Hilfe brauchen“. So Erkan Kocalar, Bürgermeister und migrationspolitischer Sprecher der LINKEN-Ratsfraktion über die Unterbringung von Flüchtlingen in Duisburg.

Zahlreiche Menschen machen sich aufgrund gewaltsamer Konflikte und Verfolgung immer wieder auf einen schwierigen und ungewissen Weg in andere Länder. Viele wurden Opfer von Gewalt, haben Familienangehörige verloren, mussten Hab und Gut zurücklassen, bangten um ihr Leben. Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung, um den uns vom Land zugewiesenen Menschen eine sichere und menschenwürdige Zuflucht zu ermöglichen. Natürlich kritisieren wir die falsche Politik von Bundesregierung und EU, die in vielen Fällen Konflikte nicht lösen hilft, sondern verstärkt, wie im Fall Syriens. Das darf aber nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen werden.

Carmen Hornung-Jahn, Bezirksvertreterin der LINKEN in Hamborn: „Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in Neumühl und anderswo ernst. Sorgen und Ängste dürfen aber nicht in irrationale Ablehnung und Hass umschlagen. Flüchtlinge dürfen nicht zu Sündenböcken gemacht werden. Probleme müssen gelöst werden. Die Unterbringung der Flüchtlinge in großen Gemeinschaftsunterkünften oder Containern kann nur eine kurzfristige Lösung sein. Wir brauchen dezentrale Unterbringung in Wohnungen des gesamten Stadtgebiets. Das Barbara Krankenhaus in Neumühl ist nicht der richtige Ort um Flüchtlinge oder Asylbewerber aufzunehmen. Dabei geht es uns nicht um den Standort Neumühl, sondern um die zu befürchtende massenhafte Unterbringung in diesem großen Gebäude, an diesem einen Ort. Das überfordert den Stadtteil und die hier lebenden Menschen und ist der Akzeptanz und Eingliederung der Flüchtlinge abträglich.“

„Wir brauchen eine Politik der ausgestreckten Hand. St.-Florians-Prinzip und Gehässigkeiten dürfen keinen Platz in Duisburg haben. In diesem Sinne ist Handeln statt Hetzen angesagt. Das Grundrecht auf Asyl und Hilfe in der Not sind nicht nur historische Verpflichtung, sondern vor allem Ausdruck gelebter Solidarität“, so abschließend Hermann Dierkes, stv. Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion der LINKEN.

Bücherspende

13. September 2013

Über 100 Bücher über ein breites Themenspektrum - Kochen, Reisen, Belletristik, Fach- und politische Literatur - hat LINKEN-Ratsherr Hermann Dierkes in den Bücherschrank der Bürgerstiftung am Hamborner Altmarkt gestellt.

Der öffentlich zugängliche, verglaste Metallschrank wurde von der Qualifizierungsgruppe bei der Gesellschaft für Beschäftigungsförderung hergestellt. Auch in weiteren Stadtteilen soll Bücherschränke aufgestellt werden. In der City gibt es bereits Sponsorenflächen, so in der Königsgalerie. Die gespendeten Bücher stehen allen interessierten Mitmenschen zur Verfügung nach dem Motto: „Geben, nehmen, tauschen, teilen“.

H. Dierkes: „Meine Frau und ich lesen sehr viel. Obwohl wir schon immer viele Bücher an Bekannte weitergeben haben, hat sich über die Jahrzehnte bei uns eine stattliche Bibliothek angesammelt. Die Bücherschrank-Idee der Bürgerstiftung gibt uns Gelegenheit, viel mehr Menschen kostenlos an Literatur teilhaben zu lassen. Das ist gerade in Duisburg so wichtig, wo sich viele kaum Bücher leisten können, immer weniger Buchhandlungen vorhanden sind und das öffentliche Angebot an Büchereien alles andere als zufriedenstellend ist. Lesen dient ja nicht nur schlicht der Information. Es ist für die Bildung von Kindern und Jugendlichen bis ins hohe Alter wichtig, verschafft Kenntnisse, Anregungen und Genuss.“

Eine schwere Geburt – Eltern haben Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung

31. Juli 2013

Seit heute haben Duisburger Eltern einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder unter 3 Jahren. Die Aufteilung der Duisburger Betreuungsangebote von einem Drittel in Tagespflege und zwei Drittel in Kindertagesstätten sieht Martina Ammann, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE, kritisch.

„Duisburger Eltern sind dringend auf zuverlässige Betreuung ihrer Kinder angewiesen. Die Haushaltseinkommen in unserer Stadt zählen zu den niedrigsten in NRW. Das trifft Familien und Alleinerziehende besonders hart. Der jüngste Sozialbericht weist auf den hohen Bedarf an qualifizierter Kinderbetreuung hin. Die Handlungsempfehlungen der Sozialwissenschaftler sind der Ausbau von Kindertageseinrichtungen mit qualifizierten Erzieherinnen, kleinen Gruppen und familienfreundlichen Öffnungszeiten.“

Die Linksfraktion fordert den Ausbau von Kindertagesstätten statt der weiteren Kurzausbildung von Tagesmüttern und -vätern. Hierzu Martina Ammann:

„Die Arbeitssituation von Tagesmüttern und -vätern ist eine prekäre Beschäftigung. Tagespflegepersonen brauchen ein Einkommen von dem sie leben können, soziale Sicherheit und Schutz bei Unfall und Krankheit. Individualbetreuung in Form von Tagesmüttern und Gruppenbetreuung bieten Familien und Alleinerziehenden weniger qualifizierte und planbare Förderung ihrer Kinder.“

Die Stadt muss nun schnellstens den Ausbau von Kitas vorantreiben. Schon jetzt wird deutlich, dass die Kommunen finanziell nicht ausreichend ausgestattet sind, um dem Bedarf der Familien an Kita-Plätzen gerecht zu werden. Auch der hohe Anteil von Eltern mit Arbeitszeiten in den Abendstunden, Schicht- und Wochenendarbeiten ist noch völlig unzureichend berücksichtigt.“

LINKE Ratsfraktion beteiligt sich am Projekt Fairtrade Town

19. Juli 2013

Die Geschäftsstelle der Duisburger Ratsfraktion DIE LINKE beteiligt sich am Projekt Fairtrade Town Duisburg. Hierzu meint die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann:

„Wir unterstützen seit Jahren die Initiative „Der Pott kocht fair“ und damit den fairen Handel des weltweit wichtigsten Exportrohstoffs Kaffee. Bei Sitzungen, Besprechungen und der Bewirtung von Gästen gibt es in unserer Geschäftsstelle fair gehandelten Kaffee. Das ist ein kleiner Beitrag kleinbäuerliche Strukturen, die sich gegen das Preisdiktat der Nahrungsmittelkonzerne nicht wehren können, zu unterstützen. Es ist natürlich auch ein Beitrag nachhaltig die soziale Lage der Beschäftigten in den Anbaugebieten von Kaffee, Tee, Zucker, Kakao, etc. zu verbessern.“

Auf Initiative der rot-rot-grünen Kooperation im Rat der Stadt Duisburg strebt die Stadt 2014 den Titel „Fairtrade Town“ an und schließt sich damit einen breiten gesellschaftlichen Bündnis in Duisburg an, die den Anschlag für die Initiative gab.

Die Diskussion im Rat und insbesondere die in den Bezirksvertretungen, wie z.B. am Donnerstag in der Bezirksvertretung Mitte, befördert den Gedanken des fairen Handels und verbreitern die Basis der Akteure. Wir hoffen, mit diesem kleinen Schritt Unterstützung leisten zu können, das im Rat beschlossene Projekt Fair-trade-town Duisburg voranzubringen und in unserer Stadt bekannt zu machen.“

LINKE kritisiert fehlende Bürgerinformation über Trinkwassergefährdung

11. Juli 2013

Zur aktuellen Situation der möglichen PFT-Belastung des Trinkwassers im Duisburger Süden erklärt der umweltpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Dr. Detlef Feldmann:

„Wesentlich zu kritisieren ist die Haltung der Stadt Düsseldorf und der Flughafengesellschaft, die erst jetzt ernsthaft an die Sanierung einer längst bekannten Altlast nachdenken, obwohl die Folgen der Gefährdung des Trinkwassers und von Badeseen nicht mehr zu übersehen sind. Aber auch die Reaktion der Duisburger Stadtwerke verwundert uns. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung, seit wann den Stadtwerken die Situation bekannt ist und welche Maßnahmen zum Schutz der Duisburger Bevölkerung geplant bzw. durchgeführt wurden.

Das Mischen eines hoch belasteten Substrates mit einem minder belasteten Stoff, um Grenzwerte einzuhalten, sollte längst verpönt sein. Das gilt umso mehr für mutmaßlich krebserregende Stoffe wie Perfluorierte Tenside, denn bekanntlich gibt es für PFT keinen Grenzwert, der unschädlich ist.

Wir fordern die sofortige Außerbetriebnahme des belasteten Brunnens. Dass dies möglich wäre, ohne die Trinkwasserversorgung zu gefährden, geht aus den Stellungnahmen der Stadtwerke hervor.“

Zur Situation beim MSV: Sanierung und Schadensbegrenzung

24. Juni 2013

Zur gestrigen Entscheidung im Widerspruchsverfahren beim DFB, dem MSV-Duisburg definitiv keine Lizenz für die 2. Liga zu erteilen, nehmen die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE Martina Ammann und Stellvertreter Hermann Dierkes Stellung:

„Wir bedauern die Entscheidung des Widerspruchsausschusses, aber es war kaum etwas anderes zu erwarten. Der MSV muss jetzt wirtschaftlich saniert werden. Er braucht eine zuverlässige Geschäftsführung. Auf Stadt, städtische Töchter und Land kommen weitere erhebliche Belastungen zu. Einzelheiten werden in den nächsten Wochen und Monaten auch kommunalpolitisch mitdiskutiert und entschieden werden. Wir werden uns für eine Schadensbegrenzung einsetzen, aber neue Finanzierungsabenteuer sind mit der LINKEN nicht zu machen. Wir haben einen strengen Haushaltssanierungsplan einzuhalten und dürfen die Landeszuschüsse dafür nicht gefährden. Außerdem laufen wir Gefahr, dass die EU-Kommission sich einmischt. Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, dass die EU-Kommission derzeit europaweit Bericht angefordert hat, wie es sich mit der öffentlichen Subventionierung von Profifußball verhält. Die massive Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Hand – wie auch in Duisburg und NRW geschehen – könnte als nicht EU-rechtskonform gesehen werden, mit noch unabsehbaren Folgen.

Der MSV muss nun auch spielerisch wieder von unten aufbauen. Das wird Jahre dauern und das ist bitter, aber nach Lage der Dinge nicht zu ändern. Wir fordern dazu auf, dem Verein auch in diesen schweren Zeiten die Treue zu halten.“

Kinder brauchen gute Kitas – Eltern auch!

18. Juni 2013

Anlässlich der aktuellen Entscheidung zur Bezahlung von Tagesmüttern im Familienausschuss des NRW-Landtages nimmt Martina Ammann, Fraktionsvorsitzende und kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE in Duisburg, Stellung:

„Tagespflegepersonen brauchen ein Arbeitsverhältnis ohne Altersarmutsrisiko, ein geregeltes Einkommen, regelmäßige Arbeitszeiten und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und während der Urlaubszeit. In Zusammenarbeit mit pädagogischen Fachkräften könnten sie die Kindertagesstätten bereichern. Tagesmütter bekommen in Duisburg in der Regel 4 Euro pro Kind pro Stunde. Damit schafft die Stadt einen Anreiz, dass Tagesmütter möglichst viele Kinder (erlaubt sind bis zu 5 Kinder pro Tagesmutter) betreuen. Am Ende bleibt einer Tagesmutter, die Vollzeit arbeitet, Steuern und Sozialversicherungsbeträge bezahlt, ein Nettoentgelt von maximal 1.500 Euro. Ist die Tagesmutter krank, oder fehlen Kinder wegen Krankheit, sinkt das Entgelt sofort ab.“

Einen zügigen Ausbau der U-3-Betreuung hält die Linksfraktion für äußerst wichtig. Hierzu meint Ammann:

„Als eines der Kita-Schlusslichter in Europa sollte nun auch bei uns erkannt werden, welche wichtige Rolle die frühkindliche Förderung einnimmt und welche Bedeutung eine qualifizierte Kinderbetreuung für Eltern und deren Berufstätigkeit hat. Individualbetreuung in Form von Tagesmüttern und Gruppenbetreuung bieten den Familien und vielen Alleinerziehenden weniger qualifizierte und planungssichere Förderung ihrer Kinder.“

Zum aktuellen Stand des U-3-Ausbaus meint Ammann:

„In Duisburg liegen die neuesten Zahlen zum Stand des U-3-Ausbaus vor. Schon jetzt wird deutlich, dass die Kommunen finanziell nicht ausreichend ausgestattet sind, um dem Bedarf der Familien an Kita-Plätzen gerecht zu werden. Fest eingeplant sind bereits Tagesmütter und -väter, um dem Rechtsanspruch aller Kinder zwischen ein und drei Jahren umsetzen zu können, der bereits in wenigen Wochen eintritt.“

Äußerungen von Innenminister Friedrich sind ignorant und gefährlich

11. Juni 2013

Zur aktuellen Debatte um die Unterstützung der Kommunen bei der Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa nimmt Martina Ammann, Vorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE, Stellung:

„Wir halten die Äußerungen von Bundesinnenminister Friedrich für ignorant und brandgefährlich. Sie schüren Fremdenhass, sind antieuropäisch und gefährden die ersten Erfolge der Integrationsprojekte in Duisburg und anderswo. Auch wir halten die finanzielle Ausstattung für den Bildungs-, Gesundheits- und Beratungsbedarf der Neuzuwanderer für völlig unzureichend. Die Kommunen können nicht aus eigener Kraft die Folgen einer fragwürdigen EU-Politik ausbaden.“

Offenbar gehört Herr Friedrich zu der Sorte Politiker, die davon ausgehen, EU-Politik bestehe im Kern aus Wohltaten und Freizügigkeit für Banken und Konzerne. Wenn aber EU-Bürger aufgrund der missratenen Sozial- und Regionalpolitik der EU auf der Suche nach besseren Lebensverhältnissen umziehen, werden sie auch noch diskriminiert.

Innenminister Friedrich wäre gut beraten, sich vor Ort ein Bild zu machen und Gespräche mit engagierten Lehrerinnen, Pfarrern und Sozialarbeitern zu führen. Auch ein Besuch der runden Tische in den Stadtteilen, Beratungsstellen und Jugendzentren würde ihm den Bedarf deutlich machen.“

Unsere Ratsfraktion nimmt Bürgerbeteiligung am Haushalt ernst

12. Mai 2013

Zu den Vorwürfen an die Kooperationsfraktionen in Sachen Bürgervorschläge zum Kommunalhaushalt nehmen die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion der LINKEN, Martina Ammann und der stv. Fraktionsvorsitzende Hermann Dierkes Stellung:

„Die aktuelle Ablehnung der Bürgervorschläge hat unterschiedliche Gründe und ist aus Sicht der LINKEN keinesfalls Ausdruck der Missachtung bürgerschaftlicher Beteiligung. Bürgerbeteiligung beim Kommunalhaushalt ist eine traditionelle Forderung der Duisburger LINKEN. Sie ist aber auch ein Lernprozess für alle Beteiligten. Seit der erstmaligen Einführung von bezirklichen Haushaltstagen im Jahr 2005 gibt es erste wichtige Erfahrungen. Das Modell beschränkte sich im Wesentlichen auf detaillierte, aber durchaus aufwändige Informationen über bezirkliche Vorhaben von Verwaltung bzw. städtischen Betreibungsunternehmen. Bürgerschaftliche Vorschläge wurden zwar aufgenommen und geprüft, aber es kam nie zu dem von uns gewünschten Abstimmungen über Maßnahmen und Priorisierungen, deren Ergebnisse dann dem Rat vorzulegen wären.

Martina Ammann weist auf die konkrete Bewertung der Vorschläge hin:

„2012 wurden über 20.000 Vorschläge eingereicht, in 2013 nur 566. Bei den Auswertungen zeigt sich ein zentrales Problem: Zahlreiche Vorschläge sind gesetzlich oder tarifrechtlich nicht umsetzbar, nicht in kommunaler Zuständigkeit, teilweise oder in anderer Form bereits realisiert. Etliche liegen nicht im Zuständigkeitsbereich der Verwaltung, sondern städtischer Betreibungsunternehmen und müssen dort erst mal geprüft und bewertet werden. Ein anderer Teil von Vorschlägen widerspricht u.a. den kommunalpolitischen Zielen unserer Fraktion, weil sie bürgerunfreundliche Maßnahmen oder Belastungen wie z.B. Sportvereine und Privatisierungen fordern. Einer Erhöhung der Nutzungsentgelte für Sporthallen beispielsweise werden wir nicht zustimmen.“

Hermann Dierkes abschließend:

„Wir setzen wir uns nach wie vor dafür ein, dass die Bürgerbeteiligung am städtischen Haushalt beibehalten und ausgebaut wird. Wir brauchen aber eine gründliche Diskussion über das künftige Modell unter Einbeziehung der Erfahrungen andernorts. Uns erscheint es nach wie vor sinnvoll, zusammen mit einer optimierten Internetplattform auch Bürgerversammlungen anzubieten.“

LINKE Ratsfraktion erstellt Broschüre zum Sozialbericht

21. März 2013

Am Montag 18.3. lag dem Rat der Stadt der vierte Duisburger Sozialbericht zur Beratung vor. Insbesondere die prekären Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen wurden von Sozialwissenschaftlern ausgewertet. Im Ergebnis zeigt der Bericht dramatische Fakten:

Nur 47,4 % der erwerbsfähigen Bevölkerung in Duisburg haben ein sozial-versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, landesweit ist Verschuldungsrate privater Haushalte die höchste, die Quote von SchulabgängerInnen ohne Abschluss ist eine der höchsten, bei mehr als jedem dritten Vorschulkind besteht Sprachförderbedarf.

DIE LINKE. Ratsfraktion hat eine Broschüre zum Sozialbericht 2012 herausgegeben, in der auch die Forderungen und Vorschläge gegen Kinderarmut und zur Unterstützung von Familien detailliert dargestellt werden.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter – auch in Duisburg. Jüngst entschärfte die Bundesregierung in ihrem Armut- und Reichtumsbericht diese Feststellung auf ungleich verteilte Privatvermögen. Die ursprüngliche Formulierung verletze das soziale Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung, so hieß die Begründung für diese „Korrektur“. DIE LINKE. kritisierte ebenso wie auch Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände die Ignoranz und Verharmlosung der Bundesregierung bezüglich des Ausmaßes der Armut. Daher haben wir den umfangreichen Bericht so zusammengefasst, dass er in Form einer Broschüre gut lesbar und mit vielen Grafiken und Tabellen ausgestattet ist.

Die Herausgeber des Duisburger Sozialberichtes formulieren Handlungsempfehlungen, die zum größten Teil den Anträgen entsprechen, die unsere Ratsfraktion gestellt hat. So wurde zuletzt auf unsere Initiative hin die Einrichtung von zehn weiteren Stellen für Schulsozialarbeiter beschlossen.

Erhältlich ist die Broschüre unter:

buero(at)linksfraktion-duisburg.de oder in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion, Gravelottestraße 28, 47053 Duisburg (Tel: 0203- 9308692)

Linie für die Haushaltsdebatte festgelegt

01. März 2013

Die Gesamtfraktion der LINKEN Duisburg (Ratsfraktion, Bezirksvertreter, bürgerschaftliche Ausschussmitglieder) hat am 27.02.13 nach mehrstündiger Diskussion ein 8-Punkte-Papier verabschiedet, das die politische Linie für den Duisburger Kommunalhaushalt festlegt.

Der Beschluss wurde fast einstimmig gefasst. Vorausgegangen waren Diskussionen in den Facharbeitskreisen, mit den Kooperationspartnern SPD und Grüne sowie eine haushaltspolitische Klausur.

Hermann Dierkes, Vorsitzender der Ratsfraktion:

„Wir sind entschlossen, die Haushaltssanierung im Rahmen der Kooperation fortzuführen – ohne Sozialschweinereien, Privatisierungen und ohne einen Kahlschlag bei den sog. freiwilligen Leistungen, was vor allem Kultur, Sport und Vereinsleben treffen würde. Wir sind uns bewusst, dass unsere Vorstellungen nicht schmerzfrei umzusetzen sind, um den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich bis 2016 zu erreichen. Aber die Alternativen wären für die Mehrheit unserer Stadtgesellschaft weitaus schlimmer. Zusammen mit unseren Kooperationspartnern wollen wir die Handlungsmöglichkeiten des Stärkungspaktgesetzes und die jährlichen Landeshilfen nutzen, um wieder mehr Handlungsmöglichkeiten zu erreichen. Eine nachhaltige Sanierung der Kommunalfinanzen ist aber letztlich nur durch eine neue Bundespolitik möglich, die mit der Unterfinanzierung der gesetzlichen Aufgaben, die den Kommunen übertragen werden, definitiv Schluss macht.“

Das Positionspapier der Gesamtfraktion wird der Kreismitgliederversammlung der Duisburger LINKEN vorgelegt, die am 13. März darüber befinden wird.

Kommunalhaushalt 2013 einschl. Haushaltssanierungsplan

Beschluss der Gesamtfraktion der LINKEN Duisburg am 27.02.2013

1. Duisburg ist eine von 34 überschuldeten Kommunen, die zwingend einen Haushaltssanierungsplan erstellen müssen, um mit eigenen Maßnahmen und Landeshilfen bis 2016 den Haushalt auszugleichen. Die Landeshilfen sinken von 2017 bis 2020 schrittweise auf Null. Ab 2021 muss Duisburg aus eigener Kraft den Jahresausgleich beibehalten. Neben den GFG-Mitteln erhält die Stadt jährlich 52,5 Mill. Euro. Das ist eine Verbesserung – aber keine Lösung.

Hauptursache der kommunalen Verschuldung ist die Unterfinanzierung der gesetzlichen Pflichtaufgaben. Die heutige Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung ist nicht nur unsozial, sondern auch kommunalfreundlich und muss geändert werden. DIE LINKE will perspektivisch eine sozial gerechte Gesellschaft und nicht nur Schadensbegrenzung. Die kommunale Ebene und mit ihr die unmittelbaren Arbeits- und Lebensverhältnisse sind für uns ganz wichtig. Es bleibt unsere Aufgabe, den Druck auf die Bundespolitik zu verstärken, um durch stärkere Reichtumsbesteuerung, veränderte Aufteilung des Steuervolumens und strikte Konnexität (Finanzierung gesetzlicher Aufgaben durch Bund und Land) eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen durchzusetzen. Des Weiteren hängt über Duisburg das Damoklesschwert gesamtwirtschaftlicher Risiken (Banken- und Eurokrise, Zinsentwicklung usw.), die alle Anstrengungen zurück werfen können.

2. Im Rahmen der Kooperation SPD/LINKE/Grüne hat die Duisburger Linksfraktion im Juni 2012 dem Haushaltssanierungsplan 2016/2021 zugestimmt. Seine Eckpunkte müssen eingehalten werden, um die Zahlung der Landeshilfen zu sichern und den „Sparkommissar“ zu vermeiden. Dabei haben wir – mit beträchtlicher Unterstützung von Betroffenen BürgerInnen, Vereinen und Verbänden - die Gestaltungsmöglichkeiten des Stärkungspaktgesetzes genutzt, um Sozialschweineereien, Privatisierungen und einen Frontalangriff auf sog. freiwillige Leistungen zu verhindern. Unsere haushalts-politische Linie im Rahmen der Kooperation zeichnet sich durch sinnvolle bzw. vertretbare Einsparungen aus, Reform von Verwaltungsstrukturen, Stellenreduzierung unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, Fortführung der Ausbildung auf hohem Niveau, Durchführung längst überfälliger Beförderungen (Innere Verwaltung, Berufsfeuerwehr) sowie nachhaltige Einnahme-verbesserungen aus. Unsere Stadt hat dadurch mehr Handlungsfreiheit zurück gewonnen. Das ist das zentrale Verdienst der Kooperation. Wir übersehen nicht, dass bereits heute personelle Engpässe in Teilen der Verwaltung zu großen Problemen führen. Das geforderte Personalentwicklungskonzept muss kommen. Künftig sollte ein eigenständiges Organisations- und Personaldezernat der Bedeutung der Personalwirtschaft gerecht werden.
3. Unsere Linie wollen wir beim Haushalt 2013 und bei der Aktualisierung des Haushaltssanierungsplans fortsetzen. Uns ist bewusst, dass die bisherige Haushaltspolitik der Kooperation aus SPD, LINKEN und Grünen weitere Belastungen für die Mehrheit der Stadtgesellschaft gebracht hat und auch mit diesem Haushalt weiter bringen wird. Aber wir waren und sind bestrebt, sie in engen Grenzen zu halten, um den vorgeschriebenen Haushaltsausgleich bis 2016 nicht zu gefährden. Insbesondere wollen wir Sozialabbau und Privatisierungen vermeiden und Verbesserungen erzielen, wo sie finanzierbar sind. Wir nutzen dazu offensiv alle Gestaltungsmöglichkeiten, die uns das neue Haushaltsrecht lässt. Das Haushaltsdefizit aus 2012 belief sich Ende 2012 auf 118 Mio. €. Mit dem Rechnungsabschluss wird es weiter steigen. Der Haushaltssanierungsplan wurde unter Berücksichtigung von positiven und negativen Faktoren und unter Einbeziehung von wichtigen Vorhaben (v.a. Brandschutzbedarfsplan, U 3-Ausbau, mehr Auszubildende und Trainees) laut Veränderungsnachweisung des Oberbürgermeisters Ende 2012 unter dem Strich um 5,3 Mio. € verfehlt. Zusammen mit weiteren wichtigen kommunalen Vorhaben (v.a. die Wiedereinführung

von Hausmeisterstellen im Grundschulbereich, der Verzicht auf Kürzungen bei DuisburgSport, den Zusatzbedarf bei der GfW, die Inangriffnahme des überfälligen NS-Doku-Zentrums usw.) wird das HSP-Defizit schließlich auf 6,3 in 2013, auf 11,7 in 2014 sowie auf 13 Mio. € in 2015 steigen. Dieses zusätzliche Defizit muss ausgeglichen werden, um die Eckpunkte des Haushaltssanierungsplans einzuhalten.

4. Zum Ausgleich werden wir nicht auf die von der Kooperation in 2012 abgelehnten Kürzungs- und Streichungsvorschläge der Verwaltung zurückgreifen. Das wäre sozial ungerecht und kommunalpolitisch unverantwortlich. Privatisierung städtischer Betriebe wird es mit uns nicht geben. Nach Abwägung aller Möglichkeiten wollen wir die Einnahmesituation weiter verbessern, indem wir die Grundsteuer B als eine der beiden wichtigsten Kommunalsteuern nutzen. Sie bietet eine langfristig verlässliche Einnahmequelle, unterliegt nicht den starken konjunkturellen Schwankungen wie die Gewerbesteuer. Durch eine nochmalige Erhöhung der Grundsteuer B von derzeit 590 Punkten über die bereits in 2012 beschlossene Erhöhung auf 610 hinaus auf dann 695 Punkte bereits ab 2013 könnte zum einen das Zusatzdefizit gedeckt werden, zum anderen entstünde eine gewisse Reserve, um Risiken abzufangen. Duisburg wird sich nach einer erneuten Anhebung der Grundsteuer B mit seinem Hebesatz absehbar im Mittelfeld vergleichbarer NRW-Kommunen bewegen, wenn diese ihre diesjährige Haushaltsrunde abgeschlossen haben.

Wir sagen aber auch ganz klar: Mit dieser Erhöhung der Grundsteuer B muss es sein Bewenden haben. Die sozialen Auswirkungen sind noch vertretbar. Hartz IV-Empfänger sind nicht betroffen, weil die Grundsteuer Teil der erstattungsfähigen Nebenkosten ist. Im Übrigen bewegt sich der monatliche durchschnittliche Mehrbetrag pro Wohneinheit bzw. Wohnung nach einer Verwaltungserhebung zwischen 0,42 € (Beeck) und 8,96 € (Rahm). Im Gegenzug wollen wir zahlreiche Strukturen und Leistungen sichern, die für eine lebenswerte Stadtgesellschaft unverzichtbar sind. Mit uns wird es keine Privatisierung städtischer Tochterunternehmen (wie der Stadtwerke, der DVG, der Gebag usw.) geben. Noch in diesem Jahr werden Konzept und Umsetzungsschritte für den überfälligen Sozialpass erarbeitet.

5. Gerade weil die wesentliche Ursache der kommunalen Finanzmisere bei Bund und Land zu suchen ist, sind wir nicht bereit, ein weiteres Durchschlagen gesamtwirtschaftlicher Risiken oder unvermeidbarer örtlicher Entwicklungen auf den Haushalt an die Stadtgesellschaft weiterzugeben. Wenn eine Situation eintritt, dass sich unsere Handlungsmöglichkeiten nur noch in weiteren Leistungsverschlechterungen und einem Verzicht auf die Durchführung von gesetzlichen Pflichtaufgaben erschöpfen würden, so muss alles getan werden, um mit dem Land eine Verlängerung der Ausgleichszeiträume zu vereinbaren.
6. Im Übrigen gehen wir davon aus, dass durch ein verbessertes Controlling auch während des laufenden Haushaltsjahrs Ausgaben verringert werden können. Dies betrifft z.B. die Bestellung von Fachgutachten, für die wir (wie bereits bei den Rechtsgutachten vom Rat beschlossen) Wertgrenzen und Gremienbeschlüsse einführen wollen; es betrifft die Überprüfung von Aufwendungen für den Verlustausgleich Marina am Innenhafen oder die Vollstreckung von ausstehenden Forderungen. Städtische Beteiligungen sind z.T. mit hohen Risiken belastet, die haushaltsrelevant werden könnten (WBD/GMVA-Gebühren, DVV, Klinikum, Gebag, DBV). Ursache sind Fehlentscheidungen während der Sauerland-Zeit oder Folgen der Energiepolitik im Bund.

Zielabweichungen in der Geschäftsentwicklung der städtischen Töchter müssen der Kommunalpolitik früher bekannt werden, um gegensteuernde Maßnahmen rechtzeitiger und effektiver anzusetzen.

7. Bürgerbeteiligung im Haushaltsgeschehen ist eine traditionelle Forderung der LINKEN. Die Einführung der bezirklichen Haushaltstage im Jahr 2005 war ein Fortschritt. Wir setzen uns für ihre Fortführung ein, wobei das Beteiligungsmodell nicht statisch sein darf. Die Internet-Beteiligung ab 2012 ist eine wichtige Ergänzung. Wir wollen erreichen, dass durch bürgerschaftliche Versammlungen und Internet-Beteiligung Transparenz und demokratische

Mitsprache verstärkt werden.

8. Wenn wir uns an die Eckdaten des Haushaltssanierungsplans halten, können wir mit einer Genehmigung des Haushalts 2013 bis Frühsommer rechnen. Das Stärkungspaktgesetz verpflichtet die überschuldeten Kommunen zur Vorlage des neuen Haushaltsplans zum 1.12. eines jeden Jahres. Wir werden deshalb bereits im September 2013 wieder in die Haushaltsdiskussion eintreten müssen, um erstmals den vorgeschriebenen Rhythmus einzuhalten. Der Haushalt 2014 wird sich im Wesentlichen am Haushalt 2013 orientieren müssen, wenn keine Ereignisse eintreten, die die Planungen wesentlich infrage stellen.

Die Gesamtfraktion stimmt der vorstehend entwickelten Linie zu.

Wir setzen uns ganz besonders ein

- für den Ausbau der U3-Kapazitäten,
- für die Aktualisierung des Brandschutzbedarfsplans,
- für mehr Azubis und Trainees in der Verwaltung,
- für die Ausstattung der Grundschulen mit Hausmeistern,
- für eine verbesserte Mittelausstattung für DuisburgSport und
- für den Start des NS-Doku-Zentrums.

Für den Defizitausgleich brauchen wir eine Einnahmeverbesserung durch Anhebung des Grundsteuer B-Hebesatzes auf 695 Punkte ab 2013.

(Die Entschließung wurde von der Gesamtfraktion bei 1 Gegenstimme angenommen)

Hermann Dierkes zum Artikel in der NRZ vom 09.02.2013: Bürgerinitiative: Chancen auf Neuanfang vertan

12. Februar 2013

Selbstverständlich braucht eine überschuldete und durch zahlreiche Fehlentscheidungen gebeutelte Stadt wie Duisburg eine neue Politik auf vielen Gebieten. Aber sie hat bereits begonnen. Wunder dauern allerdings etwas länger. Hier nur eine kleine Aufzählung der „Baustellen“:

Die Ratsmehrheit aus SPD, LINKEN und Grünen hat im Juni 2012 einen Haushaltssanierungsplan verabschiedet, der im letzten September von der Bezirksregierung genehmigt wurde. Er fordert Opfer, enthält aber keine Sozialschweingereien und Privatisierungen von städtischen Unternehmen, wie sie die Ratsopposition gefordert hat. Im Kulturbereich und bei den Vereinszuschüssen wurde der Kahlschlag verhindert. Gremien werden verkleinert und die Verwaltung wird umgebaut, ohne bürgerunfreundlich zu werden. Damit haben wir kommunale Handlungsfreiheit zurück gewonnen. Kein Neuanfang?

Unsere Kommunalpolitik setzt die begonnene Bürgerbeteiligung bei der langfristigen Stadtplanung (Duisburg 2027) konsequent fort. Die Gestaltung des so wichtigen Bahnhofsvorplatzes erfolgt ebenfalls unter umfassender Bürgerbeteiligung. Das neu aufgestellte Planungsdezernat macht einen hervorragenden Job. Kostspielige Ausgliederungen wie die Innenstadtentwicklung (IDE) wurden in die Kernverwaltung zurück genommen.

Die Gesellschaft für Beschäftigungsförderung (GfB) mit 100 Beschäftigten und weit über 1000 junge Menschen in Maßnahmen wurde durch die Eingliederung in die Wirtschaftsbetriebe vor der Insolvenz bewahrt.

Ein behutsamer Umbau unserer Schullandschaft hat begonnen. Er wird effektiver werden mit der Neubesetzung des Fachdezernenten.

Drohende Kürzungen für Familien, Kinder und Jugendliche konnten abgewehrt werden. Die Elternbeiträge für Kindergärten wurden nicht erhöht, alle städtischen Jugendzentren blieben erhalten, wichtige Integrationsprojekte wie die Sprachförderung wurden gesichert.

Das Aufräumen in der Gebag/DBV ist eingeleitet. Und zwar wird die Treppe von oben nach unten gefegt. Aber die Hinterlassenschaften der Sauerland-Zeit sind nicht nur bei der Gebag verheerend.

Die Hinterbliebenen der Love Parade-Katastrophe haben mit der neuen Stadtspitze um Sören Link endlich wieder vertrauenswürdige Ansprechpartner und für die Gedenkstätte wurde nun ein vernünftiger Kompromiss möglich.

Für die Bewohner der Zinkhüttensiedlung wurden und werden – entgegen anders lautenden Behauptungen -akzeptable Wohnalternativen im Umfeld gefunden, um die Paketlösung zu ermöglichen: Abriss der stillgelegten Rhein-RuhrHalle und des alten Hamborner Stadtbades, Neubau der Ersatzhalle und Schaffung von mehreren hundert Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung des FOC.

Eine planvolle und im Vergleich zu den ersten Plänen korrigierte Entzerrung von Industrie- und Wohnbebauung („Projekt Grüngürtel“) im Norden unserer Stadt ist in der Zielgeraden.

Für die Neuzuwanderer aus Südosteuropa wurde auf Betreiben der LINKEN vom Rat ein Handlungskonzept verabschiedet, das auf Integration statt auf Spaltung und rassistische Ausgrenzung setzt.

Die Gesamtfraktion der LINKEN besteht aus rd. 30 aktiven Menschen. Wir diskutieren in Facharbeitskreisen und bereiten uns auf die Gremiensitzungen vor. In der Regel fallen unsere Entscheidungen im Konsens oder mit breiten Mehrheiten. Eine EinMann-Show, wie sie Theo Steegmann vermutet, gibt es bei uns jedenfalls nicht.

Fraktion wählt neue Vorsitzende

24. Januar 2013

In ihrer gestrigen Sitzung wählte die Gesamtfraktion der LINKEN Martina Ammann-Hilberath mit großer Mehrheit zur neuen Vorsitzenden. Sie löst damit den langjährig aktiven Fraktionssprecher Hermann Dierkes ab. Zur Ruhe setzt sich Ratsherr Dierkes nicht. Als neuer stellvertretender Vorsitzender wird er auch weiterhin seine Erfahrungen und Ideen einbringen.

Bürgermeister Erkan Kocalar bedankte sich im Namen der Gesamtfraktion für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. Er erinnerte an die unterschiedlichen politischen Bedingungen, unter denen die LINKE bzw. ihre Vorläuferorganisation in Rat und Bezirksvertretungen aktiv war und ist. Sei es in der Opposition oder heute in einer rot-rot-grünen Kooperation, durch die Hermann Dierkes die Fraktion sicher geleitet hat. Kocalar: „Eine solche erfolgreiche Arbeit funktioniert nur auf der Basis von Vertrauen und Zusammenarbeit.“ Hermann Dierkes betonte in seiner Rede, dass er mit 13 Jahren der im Rat am längsten amtierende Fraktionsvorsitzende ist und es an der Zeit sei, der Öffentlichkeit „neue Gesichter“ zu präsentieren und mit Martina Ammann einer kompetenten Ratsfrau ihre Chance zu geben.

Der Wechsel wird Mitte März erfolgen, wenn Ratsfrau Ammann eine Weiterbildungsmaßnahme beendet haben wird. Martina Ammann: „Ich bin mir über die Herausforderung im Klaren und froh, erfahrene Genossinnen und Genossen an meiner Seite zu haben.“

Als neuer Beisitzer im Fraktionsvorstand wurde der Meidericher Bezirksvertreter Kenan Ilhan ebenfalls mit großer Mehrheit gewählt.